

Bewerbung für die Landesliste zur Abgeordnetenhauswahl 2026

KV Lichtenberg

Evan Vosberg



Liebe Freund*innen,

ich bewerbe mich für die Landesliste zur Abgeordnetenhauswahl 2026, weil ich nicht akzeptiere, dass der notwendige Fortschritt in dieser Stadt ausgebremst wird – weder in der Mobilität noch in der sozialen Frage.

Seit rund zehn Jahren kämpfe ich für eine echte Mobilitätswende in Berlin. Mit dem Volksentscheid Fahrrad habe ich das Radgesetz maßgeblich mit erarbeitet, später das Mobilitätsgesetz mitverhandelt. Diese Gesetze sind kein Symbol, sondern ein klarer Auftrag: Berlin soll eine Stadt werden, in der sichere Mobilität für alle selbstverständlich ist.

Doch genau dieser Auftrag wird derzeit politisch angegriffen. Die CDU führt einen ideologischen Kampf gegen menschenfreundliche Nahmobilität – gegen sichere Radwege, gegen Verkehrsberuhigung, gegen eine gerechte Aufteilung des öffentlichen Raums. Es geht dabei längst nicht mehr um einzelne Maßnahmen, sondern um die Grundsatzfrage, wem die Stadt gehört: den Menschen oder dem Autoverkehr.

Dem stelle ich mich entschieden entgegen. Denn Verkehr ist einer der größten Problemsektoren im Klimaschutz – und gleichzeitig ein Schlüssel für mehr Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit. Eine starke Infrastruktur für Fuß, Rad sowie Bus, Tram, U- und S-Bahn ist kein Kulturkampfprojekt, sondern notwendige Daseinsvorsorge.

Mein Blick darauf ist auch persönlich geprägt: Als stark gehbehinderte Person erlebe ich jeden Tag, wo Mobilität nicht funktioniert. Wo andere einfach vorankommen, sehe ich Barrieren. Das Fahrrad ist für mich dabei weit mehr als ein politisches Thema – es ist meine wichtigste Mobilitätshilfe, ohne das ich sonst oft auf einen Rollstuhl angewiesen ist. Diese Perspektive macht deutlich: Eine gute Verkehrspolitik muss die Realität möglichst vieler Menschen mitdenken. Genau diese Vielfalt fehlt viel zu oft in politischen Entscheidungen.

Genauso deutlich ist für mich: Die soziale Frage entscheidet darüber, ob diese Stadt zusammenhält. Gentrifizierung ist längst kein reines Innenstadtphänomen mehr – sie frisst sich durch die ganze Stadt. Selbst DDR Plattenbauten, die lange als bezahlbar galten, geraten mittlerweile unter Druck.

Die aktuelle Regierung aus CDU und SPD, nimmt weder das Votum der Wähler*innen zum Volksentscheid “Deutsch Wohnen Enteignen” ernst, noch ergreift sie andere geeignete Maßnahmen zum Schutz der Mieter*innen. Das Ergebnis ist sozialer Sprengstoff und politischer Stillstand den sich Berlin schlicht nicht mehr leisten kann.

Mit unserem Bezahlbare-Mieten-Gesetz haben wir als Grüne die richtigen Antworten: konsequenter Schutz vor Verdrängung, Stärkung des kommunalen Wohnens und ein klares Vorgehen gegen spekulativen Leerstand. Dafür will ich im Abgeordnetenhaus streiten.

Meine politische Haltung ist geprägt von den realen Herausforderungen, die ich in meinem eigenen Leben erfahren habe. Ich bin in einer Familie mit wenig Geld aufgewachsen und habe als junger Erwachsener das System Hartz 4 selbst erfahren. Diese Erfahrung prägt mich bis heute. Ich bin überzeugt, echte Sozialpolitik die Menschen fördert und unterstützt, anstatt sie zu drangsalieren, ist der Schlüssel zu Vertrauen in Politik und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ich trete an, weil ich überzeugt bin, dass ökologische und soziale Politik zusammengehören und weil ich bereit bin, diese Überzeugung auch gegen Widerstände durchzusetzen. Für eine Stadt, die funktioniert. Für eine Stadt, die zusammenhält. Für ein Berlin, das allen gehört.

Ich freue mich über euer Vertrauen und eure Unterstützung.

*Euer
Evan Vosberg*

Persönliches

- aufgewachsen in Thüringen
- seit 2014 in der Wahlheimat Berlin, seit 2024 in Lichtenberg
- Co-Initiator des Volksentscheid Fahrrad
- Softwareentwickler
- 42 Jahre alt, verheiratet

Landesarbeitsgruppen

- LAG Mobilität
- LAG Frieden und Internationales
- LAG Europa

(Ersatz-) Delegierter

- Bundesdelegiertenkonferenz
- Landesdelegiertenkonferenz
- Landesausschuss

(Förder-) Mitgliedschaften

- Bündnis 90/ Die Grünen
- ADFC Berlin e.V.
- Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V.
- Sanktionsfrei e.V.
- Deutsch-Ukrainische Gesellschaft – Für unsere und eure Freiheit e.V.